

**zu TOP .....**

Mainz, 23.01.2014

## **Anfrage 1569/2010 zur Sitzung am 01.09.2010**

Am 23.03.2010 hat der Stadtrat einer Beschlussvorlage zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Schutz vor Gesundheitsgefahren durch Fluglärm“ (0279/2010) vom 10.02.2010 einstimmig zugestimmt. Darin sagt die Verwaltung zu, sich um die Finanzierung einer Studie von Prof. Greiser zu den Folgen des Fluglärms für die Menschen im Rhein-Main-Gebiet zu bemühen.

Zusammen mit der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Flughafen Frankfurt/Main (KAG Flughafen) forderte die Stadt Mainz in einer Resolution vom 10.03.2010 zunächst die Hessische Landesregierung auf, als Planfeststellungsbehörde für den Flughafen Frankfurt/Main eine solche Studie zu finanzieren. Für den Fall, dass die Hessische Landesregierung sich dem verweigert, wollte die Stadt Mainz mit den anderen Mitgliedern der KAG Flughafen bzw. der kommunalen Initiative „Zukunft Rhein Main“, den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz sowie dem Bund über eine gemeinsame Kostenübernahme verhandeln.

Wir fragen an:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand in den Verhandlungen mit den oben genannten potentiellen Partnern für eine gemeinsame Gesundheitsstudie zu den Folgen von Fluglärm im Raum Rhein-Main?
2. Welche Antwort hat insbesondere die KAG Flughafen – und die Stadt Mainz als ihr Mitglied – von der Hessischen Landesregierung auf ihre Forderung nach Kostenübernahme für eine solche Studie erhalten?
3. Welche möglichen Zuschüsse und Forschungsmittel des Bundes und der Länder wurden ausfindig gemacht?
4. Wurde auch mit dem rheinland-pfälzischen Gesundheitsministerium, als Aufsichtsbehörde für die Gesundheit der Bevölkerung in Mainz und Rheinhessen, über eine Beteiligung an der Studie gesprochen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
5. Welche weiteren Kommunen haben sich für eine Kostenbeteiligung bereit erklärt?

Markus Gröninger (stv. Fraktionssprecher)